

Gauplversammlung der Dresdner Deutschnationalen

Schriftsteller Guraßch einstimmig zum Vorsitzenden gewählt

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Sonntag vormittag im Künstlerhaus eine Gauplversammlung ab, die sehr stark besucht war. Schriftsteller Guraßch eröffnete die Versammlung und hieß an Ehrengästen willkommen den Vorstand des Landesverbandes von Sachsen, den früheren Vorsitzenden der Ortsgruppe Dresden, Sanitätsrat Kreßschmar, sowie den Landtagsabgeordneten Syndikus Tögel. Sodann hielt er einen Vortrag über das Thema „Die Grundzüge und der Weg“.

Die Grundzüge der Deutschnationalen Volkspartei seien Monarchie, Wirtschaftsvernunft, Freiheit im Innern und Freiheit nach außen und der Führer gedanke. Demgegenüber bedeute das heutige System der Demokratie Wirtschaftsvernunft, Marxismus, Sklaverei und Anarchie. Stimmen man ja sei das beherrschende Kennzeichen der Politik, infolgedessen seien die Parteiprogramme klobos und auf der Rechten vollkommen gleichmäßig. Die Demokratie sei die Staatsform der beiden Eisen, die sie nicht anzureihen wolle, aus Angst vor den Wählern und Angst vor den Geldmännern.

Deutschland könne nur monarchisch regiert werden, weil wir zwei international gebundene Rächtengruppen befähigen, die auf andere Art und Weise nicht zurückgedrängt werden könnten, nämlich das Zentrum und die Sozialdemokratie.

Die Forderung der Wirtschaftsvernunft bedinge, dass erst die Wirtschaft leben müsse, und erst danach zu demessen sei, welche Aussagen gemacht werden könnten. Der Führer gedanke dürfe nicht zur leeren Form werden. Nur derjenige könne Führer sein, der sich durch Taten dazu als bereitstehend und befähigt ausgewiesen habe. Das sei der Hugenberg der Fall, dessen Lebenslauf die beste Gewähr dafür biete. Sicher sei die nationale Rechte in der Defensiv gewesen. Das sei seit dem Volksbegehren anders geworden, und die Linke sei in die Befreiung eingedrungen. Wenn sich die Gruppen um Beeskow, Trebnitz und Schiele von den Deutschnationalen auch nicht im Grundgesetz unterscheiden, so unterstreichen sie doch von ihnen im eingeschlagenen Wege. Professor Höchst habe sogar erklärt, konserватiv sein bedeute, auf dem Boden dieses Staates zu arbeiten. Beeskow verkündete, das Kaiserreich stände in weiter Ferne. Die Deutschnationalen seien der Ansicht, deutliche müssen man beginnen, was zu vollbringen man für notwendig halte. Zehn Jahre lang habe man den Kampf

gegen die Sozialdemokratie gepredigt; doch in dem Augenblick, in dem Hugenberg das Zentrum zur Trennung vom Marxismus in Preußen sorgen wollte, wandte man sich von ihm ab.

So sei der Weg entscheidend: durch Handlungen müsse man sich zu seinen Grundzügen bekennen.

Die Sammlung des Bürgertums wollten auch die Deutschnationalen, aber sie wollten sie auf der Rechten zum Sturm gegen das System.

Unter tosendem Beifall der Versammlung wurde dann der Schriftsteller Kurt Guraßch einstimmig zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Dresden gewählt. Gleichzeitig fanden widerströmlos Annahme die Vorschlagsliste des Großen Ausschusses und die Vorschlagsliste des Frauenausschusses. An der Aussprache beteiligten sich der Landtagsabgeordnete Tögel, Herr Kreßschmar und Rechtsanwalt Daezel. Man beschäftigte sich auch ausführlich mit internen Vorgängen in der Ortsgruppe.

Ein Brief an die ausgechiedenen Stadtverordneten

Der vorläufige Vorsitz der Ortsgruppe Dresden der Deutschnationalen Volkspartei hat an die ausgechiedenen Stadtverordneten folgendes Schreiben gerichtet:

In den Tagessitzungen vom 8. August vormittags wird bekanntgegeben, dass sämtliche bisherigen deutschnationalen Stadtverordneten aus der Partei ausgeschieden sind, bis auf den Stadtverordneten Baurat Paul. Der Mitteilung ist aber nichts zu entnehmen, dass die Ausgeschiedenen auch ihr Mandat niedergelegt hätten, wie sie dies vor der Wahl gesichert hatten. Nun ist zwar anzugeben, dass diese Verpflichtung keine rechtbindende Wirkung hat. Nachhaltig ist ja auch der Beschluss bedeutungslos, den der engere Vorstand und in ihm zwei Stadtverordnete selbst in der Sitzung gefasst hat, in der er sich über sein Ausscheiden aus der Partei schließlich wurde, die Stadtverordneten von ihrer Verpflichtung zu „entbinden“, das Manneswort aber, das verständet worden ist, kann es den Ausgetretenen doch wohl nicht möglich erscheinen lassen, im Stadtverordnetenkollegium zu verbleiben. Die Partei als solche besteht weiter, und ihre Wähler haben den Anspruch darauf, sich nur durch diejenigen im Stadtparlament vertreten zu sehen, die hinter den Ausgeschiedenen auf der Liste gewählt worden sind. Wir sehen dieser Entschließung entgegen.

Das Reichsbanner kann beruhigt sein

Die Antwort Koch-Weisers an Hörsing - Die Partei Koch-Stresemann-Mahrann

Ein Dresdner Pressevertreter berichtet uns über eine Unterredung mit dem Führer der Deutschen Staatspartei, Reichsminister a. D. Koch-Weiser, der zur Zeit zur Kur in Dresden weilt. Koch-Weiser äußerte sich über die Politik der Deutschen Staatspartei und die Entwicklung insbesondere nach dem Scheitern der weitergehenden Sammlungsbemühungen. Er betonte dabei einleitend, dass er seine Wege in die Geschäfte eingetreten wolle, die in seiner Abwesenheit von Berlin vom preußischen Staatsminister Höpfer-Nitsch geführt werden, sondern dass er nur die Eindrücke wiedergebe, die sich für ihn aus der fernen Beobachtung der Dinge ergeben.

Mit Bezug auf die vom Reichsbanner Schwarz-Rott-Gold in ihm gerichteten Fragen erklärte es Koch-Weiser für eine Selbstverständlichkeit, dass die Deutsche Staatspartei vorbehaltlos zur Weimarer Verfassung steht und auch die Farben der Republik Schwarz-Rott-Gold, die das Symbol des Reiches sind, gegen alle anderen verteidigen wird. In Übereinstimmung mit dem Programm der Nationalsozialisten wird sich die Deutsche Staatspartei den sozialen Schutz der Arbeiter und Handarbeiter gegen Übergriffe der Wirtschaft angelegen sein lassen. Wir schünen und vereidigen die Republik, die wir wesentlich mit geschaffen haben, mit aller Kraft. Wenn in dem Schreiben des Reichsbanners von der Republikanisierung von Reich, Staat und Gemeinden die Rede ist, so nehmen wir an, dass damit nicht etwas an die Besetzung der Amtsräume nach einer Art partizipativen Proportionalismus gedacht ist. Das von kann keine Rede sein. Die Deutsche Staatspartei will einen Beamtenland, der verhältnismäßig ist, aber seine Karriere der Leistung und nicht der Parteizugehörigkeit verdankt. Den Antisemitismus lehnen wir nach wie vor ab. Dazu hat sich ja auch Herr Mahrann bekannt.

In dem Scheitern der Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei erblieb Koch-Weiser eine Rechtfertigung seines eigenen Vorhabens. Es bestätigte die von ihm von jeher gehabte Skepsis gegen solche Verhandlungen von Partei zu Partei. Es kommt, so erklärte Koch-Weiser würdig, nun einmal nichts heraus, wenn Parteiführer, belastet mit Richtlinien, die ihnen mitgetragen worden sind, oder mit der Notwendigkeit, sich vor ihren Parteianhängern zu verantworten, in solche Verhandlungen eintreten.

Als Stresemann mit mir über die Gründung der Partei Stresemann-Mahrann-Koch-Weiser sprach, hat er auch nicht daran gedacht, sich von den Parteiständen abhängig zu machen.

Die nächsten Aufgaben kennzeichnete Koch-Weiser dahin, dass zunächst einmal das Wahlergebnis und dann die weitere Entwicklung in Ruhe abzuwarten seien. In der Deutschen Staatspartei denke niemand daran, die Wiederherstellung der Großen Koalition zum Parteidogma oder zur Bedingung für den Zusammenschluss zu machen. Das sei überhaupt keine Frage der Doktrin. Die Worte soll sich vielmehr erst einmal selbst stell machen, damit sie nach rechts und links etwas zu bedeuten hat. Zunächst muss man die große Frage der Finanzreform auf Grund des vom Reichsfinanzminister Dietrich vorgelegten Programms mit den Kräften zu regeln versuchen, die bisher hinter der Regierung gestanden haben. Wenn sie nicht ausreichen, so lehnen wir ein Zusammensehen mit dem Nationalsozialismus ab. Auf der anderen Seite hat sich ja auch Herr Scholz nicht grundsätzlich gegen ein Zusammensehen mit den Sozialdemokraten ausgesprochen.

Ein Zusammensehen mit der sörderalitalischen Rechten würde bei der Reichsreform große Schwierigkeiten zur Folge haben, ebenso in der Frage der Handelsvereinigungspolitik ein Zusammensehen mit den Agrarparteien.

Beide Fragen sind aber Welfensbestandteile jeder Finanz- und Wirtschaftsreform. Auf der anderen Seite ist jedes Zusammensehen mit den Sozialdemokraten er schwierig, so lange diese als Interessenpartei an einer so konträren Haltung gegenüber den Erfordernissen der Zeit insbesondere hinsichtlich einer Verbesserung der Arbeitslosenversicherung festhalten.

Das Aufgehen der sächsischen Demokraten

Der Landesparteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Sachsen tagte am Sonnabend unter Vorsitz Dr. Kühl und billigte die Gründung der Deutschen Staatspartei. Der Parteivorstand bittet in einer Entschließung die Wahlkreisverbände, die gesamte Organisation der Deutschen Demokratischen Partei der Deutschen Staatspartei zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Organisationen der Demokratischen Partei im Lande bleiben bestehen. Neben der Leitung dieser Organisationen in die der Deutschen Staatspartei wird die Entscheidung nach den Wahlen getroffen werden.

Der Urlaub des Reichspräsidenten

Berlin, 10. August. Reichspräsident v. Hindenburg, der auch in diesem Jahr wieder seinen Urlaub in Dietramszell bei der Gutsbesitzerfamilie von Schilcher verbringt, wird am Abend des 11. August die Reichshauptstadt verlassen und am Vormittag des 12. August im Münchner Hauptbahnhof eintreffen. Von hier aus wird die Fahrt nach Dietramszell im Kraftwagen fortgesetzt werden.

Der freie Wohnungswirtschaft entgegen

Reichsminister Bredt auf der Tagung der Haus- und Grundbesitzer

Danzig, 10. August. Den Abschluss des 51. Verbandstages des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer vereidigte eine große öffentliche Kundgebung am Sonntag, an der Reichsjustizminister Dr. Bredt sowie Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichsinnenministeriums, des Reichswirtschaftsrates usw. erschienen waren. Minister Dr. Bredt hielt u. a. aus:

Es ist wohl das erste Mal, dass Ihnen namens der Reichsregierung jemand eine Begrüßung entrichtet, der sich restlos zu Ihnen gehörig fühlt. Das eine kann ich Ihnen versichern:

am Ende des Reges, den die gegenwärtige Regierung bewusst verfolgt, steht die rechtsfreie Wohnungswirtschaft.

Ich glaube auch, Ihnen antedoen zu können, dass, wenn ich nicht Minister gewesen wäre, Sie sich vermutlich auf Ihre heutigen Sitzungen mit einigen Punkten hätten beschäftigen müssen, mit denen Sie sich heute nicht mehr zu befassen brauchen. Es geht heute im Reich um die großen Fragen, die immer den Haus- und Grundbesitz beschäftigt haben. Wir stehen an einem kritischen Punkt allererster Ordnung, der sich nur mit der Lage Ende 1929 vergleichen lässt, als wir mit unserer Währung am Ende waren. Nach der Wiederherstellung der Währung am Ende waren. Nach der Wiederherstellung der Währung haben wir derartige Summen nach allen Richtungen hin fortgeschritten bewilligt, dass wir heute mit unserem Einkommen die Ausgaben schlechterdings nicht mehr decken können.

Wir sind noch keineswegs auf dem tiefsten Punkt angelommen.

Zur Ordnung unserer Wirtschaft müssen wir unsere Ausgaben ganz erheblich einschränken. Dabei können wir an der Einschränkung der Personalausgaben nicht vorbeigehen. Auch unser Berufsbildungsbereich muss diese Tatsache einsehen. Wir haben zwar volles Verständnis dafür, dass die Beamten sich auf ihre wohlerworbenen Rechte berufen. Ich frage aber: Wo bleiben denn unsere wohlerworbenen Rechte? Wo bleiben die wohlerworbenen Rechte der Kleinrentner und der Kleinsanleihenrechte? Es gibt gewisse Punkte, wo mit gleicher Wahr am ehesten werden muss. Die kommenden Reichstagssitzungen sollen die große Entscheidung bringen: Wollen wir unsere wirtschaftlichen Pflichten in

Urteilsverhandlung im Ibbenbürener Landvolksgericht

Wohlige Märkte ist nicht geschaffen.

Berlin, 10. August. Wie wir bereits im Sonntagsblatt mitteilten, ist in dem fast drei Wochen andauernden Landvolksprozess in Ibbenbüren das Urteil gefällt, wonach für Hansens, Weckle und vier Angeklagte auf Gefängnisstrafen erkannt, sieben weitere Angeklagte freigesprochen wurden. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Blaauw, u. a. aus, dass Taten abgeteuft werden sollten, die zumeist durch das gesprochene Wort verdeckt worden seien, die von den Hörern verschieden aufgefasst und oft im entgegengesetzten Sinne weitergegeben wurden. Volljährige Laienheit sei nicht geschaffen worden. Grundsätzlich habe das Gericht nicht die Auslagen von Beamten deswegen vorgezogen, weil es sich um Beamte handele, ebenso habe es die Journalisten und die übrigen Zeugen nicht vorausgesetzt, zumal wenn diese Schlagworte und Sensationen gesucht hätten. Aber auch die anderen Entlastungszeugen seien nicht deshalb minderwertig, weil sie Freunde der Angeklagten seien. Eine Aufforderung zum Steuerstreik sei in dem Aufruf zu erkennen, in dem angeordnet wurde, die Meierleute zu veranlassen, die bereits fälligen Mietgelder auszuliefern, weil die Verfügung über bereits geplante Gelder strafbar sei. Ferner sei in der Aufforderung, keine Steuern aus der Substanz zu ziehen, eine Aufforderung zur Steuerverweigerung zu erkennen.

Beschaffungsfeier im Stadion

Berlin, 10. August. Reichs- und Staatsregierung in Verbindung mit dem Magistrat der Stadt Berlin veranstalteten am Sonnabendmittag anlässlich des Verfassungstages eine Feier im Stadion. Im Mittelpunkt der Feier stand die Aufführung des vom Reichskunstwart Dr. Neidhoefer verfassten Festspiels „Deutschlands Strom“. 7000 Schüler und Schülertinnen wirkten dabei, in Gruppen verschieden gekleidet, mit.

Zeppelin über Nordwestdeutschland

Friedrichshafen, 10. August. „Graf Zeppelin“ ist Sonntag 7.00 Uhr zu einer Landungsfahrt nach Dortmund und unter Führung von Kapitän Lehmann aufgestiegen. An Bord befinden sich 20 Fluggäste. Das Luftschiff wird von Dortmund aus eine weitere Landungsfahrt nach Darmstadt vornehmen. Die Rückfahrt nach Friedrichshafen erfolgt Montag abend.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ passierte um 23.05 Uhr die Insel Borkum und um 23.15 Uhr Norderney. Vorher war es über Bremen und Cuxhaven.

Die für Dienstag, den 12. August, vorgesehene Okseefahrt wurde vorläufig verschoben, da noch Landungsuntersuchungen vorhanden sind.

Dr. Eckenfels feiert am Sonntag seinen 62. Geburtstag in Bad Gastein, wo er zur Kur weilte.

Ein Flugzeug stürzt in einen Gasank

New York, 10. Aug. Aus Chicago wird ein eigenartiger schwerer Flugzeugunfall eines Passagierflugzeuges, das mit drei Personen besetzt war, gemeldet. Die Maschine, die einen Flugsturz über Chicago machte, wurde von einem schweren Luftwirbel erfasst, mehrfach hin- und hergeworfen und dann zu Boden gerissen.

Der Apparat prallte auf das Dach eines riesigen, 800 000 Kubikmeter fassenden Gasanks, durchdrang dieses und bohrte sich mit dröhnenndem Krachen in den Boden ein.

Der Pilot und zwei weibliche Passagiere mussten durch Taucher aus dem 18 Meter hohen Wasserstand des Tanks geborgen werden. Die Maschine ist vollkommen zerstört. Die Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Seitkamine, welche explodierte der gefüllte Gasank beim Aufschlagen des Apparates nicht. Die Bemühungen der Taucher, die Leichen zu bergen, haben mehrere Stunden gedauert.

280 Nationalsozialisten zwangsgestellt

Berlin, 10. August. Sonnabendnachmittag gegen 8 Uhr wurden etwa 280 Nationalsozialisten auf Postautomobile zum Polizeipräsidium gelassen, wo sie nach Freigabe ihrer Namen wieder entlassen wurden. Sie hatten angeblich Namen mit den Reichsbarden am Schlossplatz heruntergerissen und Demonstrationsslogans gehabt, in denen aufrührerische Reden gehalten wurden. Ein Zug wurde in der Hornstraße aufgelöst, weil alle Beteiligten gleich gekleidet waren. Hier wurden drei Führer zwangsgestellt und nach Feststellung der Personalien wieder entlassen.

Der Pilot und zwei weibliche Passagiere mussten durch Taucher aus dem 18 Meter hohen Wasserstand des Tanks geborgen werden. Die Maschine ist vollkommen zerstört. Die Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Seitkamine, welche explodierte der gefüllte Gasank beim Aufschlagen des Apparates nicht. Die Bemühungen der Taucher, die Leichen zu bergen, haben mehrere Stunden gedauert.

Wir wollen nicht nur nach anhören, sondern auch nach einem freien Deutschland und ein freies Danzig.

Der Präsident des Zentralverbandes, Humar (Minnen), wandte sich besonders gegen die Aufführungen des preußischen Wohlfahrtsministers Hirschfelder, der erst kürzlich die gleiche These wiederholte, dass die Aufhebung der Zwangswirtschaft erst erfolgen könne, wenn Angebot und Nachfrage sich entsprechen.

Reichsmittel für den sächsischen Wohnungsbau

Von den 85 Millionen RM, die die Reichsregierung aus nächst im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zum Zwecke des vereinheitlichen und verbilligten Wohnungsbaus zur Verfügung stellt, wird Sachsen etwa 10 Millionen RM erhalten, über deren weitere Verteilung durch die sächsische Regierung noch keine Beschlüsse vorliegen.

Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof Bocholt

Münster, 10. August. Am Sonntag gegen 10.30 Uhr lief auf dem Bahnhof Bocholt ein Rangierzug auf den Personenzug 972 auf. 19 Reisende, darunter 6 Kinder, wurden leicht verletzt. 3 Reisende, von denen einer in Bocholt zurückblieb, erhielten außerdem Notverbande. Alle übrigen Reisenden konnten die Fahrt fortfahren. Die Ursache des Unfalls ist wahrscheinlich auf unvorsichtigen Rangieren zurückzuführen.